Die falsche Frage: Arbeitsfrieden oder Streik?

Alle Jahre wieder wird im Umfeld des 1. Mai das Ergebnis einer «Repräsentativumfrage» der Arbeitgeber-Zeitung zum Friedensabkommen veröffentlicht. Die Mehrheit ist – gemäss der Umfrage – dem Arbeitsfrieden gegenüber positiv eingestellt. Die Arbeitgeber-Zeitung stellt jedoch langfristig gesehen eine stete «Erosion» dieser positiven Einstellung fest.

ILLUSTRATION WALTER FEB

Die Meinungsforschung fand im Rahmen einer sogenannten «Omnibus-Umfrage» statt, in der die Interviewten noch zu anderen Themen befragt werden. Wir wollen uns hier nicht mit der Zuverlässigkeit von Umfragen im allgemeinen beschäftigen. Wenn der Bundesrat die Ergebnisse solcher Meinungsumfragen (z. B. betreffend Flugzeugbeschaffung) mehr berücksichtigen würde, könnten sie häufig mehr Bedeutung bekommen. Was uns hier aber interessiert, ist, diese Umfrage zum Arbeitsfrieden genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die Frage stellen heisst, sie beantworten

«In unserem Land besteht seit 1937 ein sogenanntes Friedensabkommen, das Streiks in der Schweiz fast vollständig ausschliesst. Finden Sie die Weiterführung dieses Abkommens sehr sinnvoll, sinnvoll, nicht besonders sinnvoll oder gar nicht sinnvoll?»

Darauf haben die Befragten wie folgt geantwortet:

sehr sinnvoll	21,7%
sinnvoll	41,2%
positiv	62,9%
nicht besonders sinnvoll	18,9%
gar nicht sinnvoll	7,3%
negativ	26,2%
weiss nicht/keine Antwort	10,9%

Es hätte mindestens noch gefragt werden sollen, welches die Bedingungen für die Werktätigen sind, unter denen das Friedensabkommen weitergeführt werden soll. Das interessiert aber die Arbeitgeber-Zeitung offenbar nicht so sehr.

Nicht alle sind vom Friedensabkommen betroffen

Befragt wurde eine repräsentative Zahl von SchweizerInnen. Akribisch genau wurden bei dieser Umfrage die Ergebnisse nach Sprachregionen, nach Agglomerationsgrösse, nach Geschlecht, Alter und Kaufkraftklassen analysiert. Um aber die «Akzeptanz des Friedensabkommens» in relevanter Art und Weise zu eruieren, wären noch andere Kriterien wichtig, zum Beispiel, wer überhaupt vom Arbeitsfrieden direkt betroffen ist.

Ein einziges Kriterium geht in diese Richtung: Es werden zusätzlich diejenigen Personen unterschieden, die einer Gewerkschaft angehören oder in einem Haushalt mit einem Gewerkschaftsmitglied zusammenleben. Ein wenig zu allgemein, um eine der Grundfragen der Gewerkschaftspolitik zu analysieren.

Aus den Angaben wird zudem nicht klar, ob nur Leute mit Schweizer Pass befragt worden sind. Wahrscheinlich schon, denn die Schweizer PolitikerInnen wollen wissen, was die StimmbürgerInnen meinen. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsfrieden fehlt aber so ein wichtiges Segment der Lohnabhängigen: die AusländerInnen.

Die Arbeitgeber-Zeitung, gibt auch nicht bekannt, wie hoch der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ist. Wir erinnern uns noch gut an eine ähnliche Umfrage, die vor Jahren gemacht wurde. Sie stellte fest, dass die Mehrheit der Befragten für den Arbeitsfrieden ist. Die Mehrheit dieser Mehrheit wusste aber gar nicht, was Gewerkschaften sind. Wir fragen uns ernsthaft, wie Leute, die nicht wissen, was eine Gewerkschaft ist, wissen können, was das Friedensabkommen ist.

Streiken ist keine Sonntagsschule

Nun möchten wir keineswegs den Eindruck erwecken, dass die Arbeiterschaft nur darauf wartet, mit Streiks loszuschlagen. Wir wissen ganz genau, dass der Streik das letzte Argument ist, welches eingesetzt werden muss, wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, Konzessionen zu machen.

So wie wohl niemand gegen den Frieden ist, so gibt es wohl auch wenige, die gerne streiken. Wenn dann der Arbeitsfrieden – wie so oft – als der Frieden bei der Arbeit (also einigermassen erträgliche Verhältnisse unter den Leuten am Arbeitsplatz und mit den Vorgesetzten) verstanden wird, dann ist es einleuchtend, dass nicht viele dagegen sein können.

Streiken ist für die Beteiligten mit Verzicht verknüpft, mit Lohneinbussen und häufig auch mit Repression. Diese Folgen werden erst in Kauf genommen, wenn es wirklich nötig ist, wenn auf keine andere Art und Weise die eigenen Interessen verteidigt werden können. Wenn es nötig ist, wieder einmal zu zeigen, dass auch die Arbeitenden sich nicht alles gefallen lassen müssen.

Dazu kommt noch die sprichwörtliche Korrektheit der SchweizerInnen, die häufig lieber nachgeben, als einen Konflikt zu riskieren. Und genau auf diese Ebene möchte die Arbeitgeber-Zeitung mit den Ergebnissen der Umfrage hinwirken. Das Gefühl soll bleiben, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung Streiken als etwas Sinnloses betrachtet. Sinnvoll sei es vielmehr, aufeinander zuzugehen; im Interesse aller auf die Bedürfnisse der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. Daher auch die Einstellung, dass Streiken zwar nicht verboten ist, aber doch etwas, das nur Unvernünftige machen.

Arbeitsfrieden ist mehr als nicht streiken

Beim Arbeitsfrieden geht es aber nicht nur um den Streik. Im Vordergrund steht die Art und Weise, wie verhandelt wird. Kernpunkt des Friedensabkommens ist die «Sozialpartnerschaft», die auf Treu und Glauben basiert.

Gerade dieses Prinzip des «Treu und Glaubens» ist für die Gewerkschaften oft ein Hindernis, um die Basis darüber zu informieren, wie die Verhandlungen verlaufen und sie entsprechend zu mobilisieren. In der Metallindustrie etwa, wo das Friedensabkommen in Kraft ist, wird bereits das Verteilen von Flugblättern mit den Forderungen der Gewerkschaft als ein Verstoss gegen «Treu und Glauben» betrachtet.

Die Information ist jedoch die Voraussetzung dafür, dass die Mitglieder und die Unorganisierten in die Arbeit der Gewerkschaften einbezogen werden können. Zum einen, damit die Basis ihre Ansprüche anbringen kann, zum anderen, damit die Gewerkschaft auch zeigen kann, was sie macht.

Oft wird im Zusammenhang mit dem Arbeitsfrieden auch der falsche Gegensatz «Kampfmassnahmen» oder «Vertrag» konstruiert. Für die Gewerkschaften hat es diesen Gegensatz nie gegeben. Kampfmassnahmegn waren noch nie Selbstzweck, sondern dienen immer der Verbesserung des für die Vertragsverhandlungen entscheidenden Kräfteverhältnisses.

Es scheint ziemlich klar zu sein, dass so oberflächliche Umfragen wie die zum Friedensabkommen nur der Meinungsmache dienen. Denn selbst die Arbeitgeber, die an Verhandlungen beteiligt sind, wissen genau, dass das Friedensabkommen in Zukunft nicht mehr so billig zu haben ist.

Bruno Bollinger